

PRESSEINFORMATION

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 325/2018 · Co

16.03.2018

"Das Land muss beim digitalen Schulausbau endlich in die Gänge kommen"

Stuttgart. Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt die Ankündigung von Kultusministerin Susanne Eisenmann, sich mit allem Nachdruck für die Mitfinanzierung des digitalen Schulausbaus der Kommunen durch das Land zu verwenden, als Meilenstein in der Landespolitik.

Die nach Anhörung aller Betroffenen seit 2016 geltenden neuen Bildungspläne enthalten eine „Leitperspektive Medienbildung“. Danach sollen moderne Medien in allen geeigneten Schulfächern für den Unterricht verwendet werden. Dies erfordert den Anschluss der Schulen an schnelles Internet, deren Vollvernetzung sowie die Ausstattung der Klassen- und Fachräume mit moderner Digitaltechnik. Im Endausbau sind hierfür nach einer Hochrechnung des Städtetags Baden-Württemberg etwa 1,8 Milliarden Euro erforderlich.

Den Ausbauplan für diesen digitalen Ausbau der Schulen haben das Kultusministerium und die Kommunalen Landesverbände längst abgestimmt. Er liegt in Gestalt neuer „Multimediaempfehlungen für Schulen“ seit Juli 2016 vor. Dieser Plan ist aber bis heute nicht in Kraft getreten, weil das Land die Finanzierung dieses Ausbaus seither mit den Kommunalen Landesverbänden nicht vereinbart hat. Jeweils 100 Millionen Euro 2018 und 2019 haben die Kommunalen Landesverbände vom Land als Anschubfinanzierung gefordert, neben weiteren zu erwartenden Mitteln des Bundes.

„Unsere Schulen liegen im Leistungsvergleich mit Bayern

derzeit zurück. Sie werden weiter an Boden verlieren, wenn das Land beim Zukunftsthema Digitalisierung nicht endlich in die Gänge kommt“, mahnt das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Gudrun Heute-Bluhm. „Wir brauchen einen Digitalpakt für die Schulen zwischen Kommunen und Land – sonst hinken wir auch anderen Ländern hinterher“, ergänzt Norbert Brugger, der Bildungsdezernent des Städtetags.

Ein Nachtragshaushalt in Bayern sieht 162,5 Millionen Euro für die Digitalisierung von Schulen vor, davon 135 Millionen Euro für die kommunalen Schulträger. 2019 und 2020 soll diese Förderung des Freistaats fortgesetzt werden. Das muss nach Überzeugung des Städtetags zu einer Blaupause für Baden-Württemberg werden.

Der Städtetag begrüßt daher die öffentliche Ankündigung der Kultusministerin in einer Ausschusssitzung des Landtags am 15. März 2018.